

Antrag

öffentlich

Datum

18.03.2011

Nummer

A0036/11

Absender

FDP-Ratsfraktion

Adressat

Vorsitzende des Stadtrates
Frau Wübbenhorst

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

31.03.2011

Kurztitel

Umfrage zur Verbesserung der Wirtschaftsförderung

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten:

1. eine Umfrage unter Einbeziehung der gewerblichen Kammern und Branchenverbänden unter ca. 100 repräsentativ ausgewählten Magdeburger Unternehmen mit dem Ziel durchzuführen, Grundaussagen zur Verbesserung der Unternehmensansiedlungen und der Wirtschaftsförderung zu erhalten.

Schwerpunktkomplexe der Umfrage sollten dabei u. a. sein:

- Infrastrukturelle Lage (Verkehr, Medien, Flächen- und Bauleitplanung, usw.)
- Erfahrungen beim Kontakt mit der Verwaltung (Amt für Bauordnung und Denkmalschutz, Umweltamt, Wirtschaftsförderung u. a.)
- Belastung durch kommunale Steuern
- Belastung durch kommunale Abgaben und Gebühren.

2. Die einbezogenen Unternehmen sollen auch nach Wünschen und Anregungen befragt werden sowie eine Beurteilung abgeben, welche Standortfaktoren sich für sie „besonders positiv“ und „besonders negativ“ darstellen.
3. Die Umfrage soll zeitnah durch die Verwaltung selbst erfolgen und über die Ergebnisse soll der Stadtrat im IV. Quartal 2011 informiert werden. Dabei sind die abzuleitenden Konsequenzen für die weitere strategische Arbeit vorzustellen.

Der Antrag soll im RWB und FGA beraten werden.

Begründung:

Die weitere Ansiedlung von Firmen in Magdeburg ist eine entscheidende Herausforderung zur strategischen Entwicklung für die Landeshauptstadt und damit Ziel der kommunalen Wirtschaftsförderung.

Dafür sind entsprechende Rahmenbedingungen und eine adäquate Betreuung zu sichern, um zukunftsfeste Arbeitsplätze in Magdeburg zu schaffen.

Diese Umfrage soll dazu dienen, belastbare Informationen aus einer „Sicht von außen“ zu erhalten.

Damit kann dann die Wirtschaftspolitik der Landeshauptstadt zielgerichtet zur Verbesserung der Standortbedingungen ausgerichtet und die Erfolgsquote bei Firmenansiedlungen und der Schaffung von Arbeitsplätzen verbessert werden.

Dr. Helmut Hörold
Stadtrat